

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI, 54
19. März 1971

CDU: Ostpolitisch im Hintertreffen

Die Bundesbevölkerung will keine
Scheinkonflikte

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Innere Reformen sind gesichert

Die Justamentkritik der Opposition und
die Tatsachen

Von Karl Wienand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Der Mensch braucht den Wald

Unentbehrlicher Bestandteil der natürlichen
Lebensgrundlagen

Seite 5 / 46 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heuserallee 2-10
Postfach: 9153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-38
Telefax: 886 846/896 8477
888 816 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

CDU: Ostpolitisch im Hintertreffen

Die Bundesbevölkerung will keine Scheinkonflikte

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die von der Opposition hochgespielte Diskussion um die Ostpolitik der Bundesregierung hat sich ungeachtet aller Bemühungen der Unionsspitzen insbesondere in jüngster Zeit normalisiert. Auch bei jenen Gruppen der Bevölkerung, deren Einstellungen CDU und CSU zu repräsentieren meinen, verstärkt sich die Überzeugung, daß die Bundesregierung im Interesse unseres Landes richtig und sorgfältig gehandelt hat. Die politische Realität hat wieder einmal keine Rücksicht auf den Wunsch der CDU/CSU nach politischer Munition genommen. Das ist für die Propaganda-Köche der Opposition bedauerlich, erfreulich aber für die Gesellschaft unseres Staates, die nüchterne Wertung und klare Information, nicht aber künstlich unter Dampf gehaltene Scheinkonflikte erwartet.

Während die CDU und CSU sich immer noch bemühen, die Verträge mit Moskau und Warschau - Grundlage einer dauerhaften Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion und Polen und auch Voraussetzung befriedigender Regelungen für Berlin - zu attackieren und zu verteufeln, stellte der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Albrecht Beckel, nach seiner Polenreise zu dem Vertrag mit Warschau fest: "Das, was inhaltlich in dem Vertrag steht - Anerkennung der Westgrenze, Verzicht auf kriegerische Maßnahmen und die Aufgabe des Gedankens, auf dem Verhandlungsweg die Grenzen ändern zu können - das ist unter deutschen Katholiken im wesentlichen ganz unstrittig." Diese sehr deutliche Aussage des Repräsentanten einer großen Glaubensgemeinschaft dürfte auch bei denjenigen, die die Revision historischer Realitäten fordern, einige Aufmerksamkeit finden.

Direkt angesprochen wird die CDU/CSU-Führung durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises für Ost- und Deutschlandpolitik der CDU-Sozialausschüsse, Klaus-Dieter Zerlin, der zur baldigen Ratifizierung beider Verträge aufrief und den in Moskau und Warschau getroffenen Vereinbarungen noch einmal attestierte, was ihnen die

Unionsspitze nicht zugestehen will. Die Verträge gäben - so Zemin - nichts preis, was von den Deutschen gewaltlos wiedergewonnen werden könne. Sie seien unerläßliche Voraussetzung für die schrittweise Verbesserung unseres Verhältnisses zu den Ländern Osteuropas. Auch der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Pinger wiederholte jetzt seine Zustimmung zu dem Vertrag mit Polen. Diese Erklärungen verantwortlicher CDU-Mitglieder zeigen, daß die Politiker ihrer Partei, die aus ohnehin vor allem parteitaktischen Motiven die Ostverträge zum Konfliktthema hochschaukeln, Zug um Zug ins Hintertreffen geraten.

Wie unberechtigt die Erwartung ist, durch Emotionalisierung der Vorträge die Bevölkerung gegen die Bundesregierung aufzubringen, dokumentieren die Ergebnisse von Meinungsumfragen, die kürzlich an die Öffentlichkeit gelangt sind: Die absolute Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik - 54 vH. - ist der Meinung, daß die Ostpolitik der Bundesregierung den deutschen Interessen dient. Nur 23 vH. der Befragten waren anderer Ansicht. Das belegt wieder einmal, daß es auch mit großer Mühe nicht möglich ist, einer mündigen Bevölkerung Konfliktstoffe aufzuzwingen. Die Chance, die Menschen in der Bundesrepublik zu manipulieren, statt ihnen sachliche Argumente vorzulegen, ist sehr gering geworden.

Es sollte überdies zu denken geben, daß ein noch größerer Teil der Bevölkerung - 63 vH. - der Auffassung ist, daß Regierung und Opposition bei wichtigen außenpolitischen Entscheidungen zu einer gemeinsameren Haltung gelangen sollten. Zwar muß die Opposition in einer funktionierenden Demokratie der Regierung sachlich-kritisch gegenüberstehen, um so ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen. Aber das bedeutet nicht Widerstand um jeden Preis, wenn die politische Geschlossenheit von Regierungsparteien und Opposition in einer wichtigen außenpolitischen Entscheidung - und dazu gehört die Ratifizierung dieser beiden Verträge - dem Interesse des Staates dient. Historisch einen Schlußstrich zu ziehen und politisch einen neuen Anfang zu setzen - das müßte den Verzicht auf eine starre und ohnehin schon durchlöchernte Gegenmeinung aufwiegen können.

(- ex/19.3.1971/bgy)

Innere Reformen sind gesichert

Die Justamentkritik der Opposition und die Tatsachen

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die der Opposition nahestehende Presse hat auf die schriftliche Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU zum innenpolitischen Reformprogramm der Bundesregierung sehr empfindlich reagiert. Das ist nur allzu verständlich.

Die Bundesregierung hat mit der Antwort überzeugend belegt, daß sie den Anspruch, eine Regierung der inneren Reformen zu sein, erfüllt. Aus der Übersicht über das Reformprogramm, die mit der Antwort vorgelegt wurde, geht hervor, daß die Bundesregierung in den anderthalb Jahren ihrer Tätigkeit fast 200 Reformmaßnahmen eingeleitet oder durchgeführt hat, darunter die beiden Sofortprogramme für den Umweltschutz und die Verbrechensbekämpfung, die Öffnung der sozialen Krankenversicherung für alle Arbeitnehmer, die Übernahme der Kosten für Krankheitsfrüherkennungsmaßnahmen - insbesondere für Krebs - durch die soziale Krankenversicherung, die Dynamisierung der Kriegsofferrenten, die Verbesserung des Kündigungsschutzes für Mieter, Teile der Strafrechts- und der Steuerreform, die Vorbereitung einer umfassenden Reform unseres Bildungswesens.

Die Opposition will einfach nicht wahrhaben, daß die Bundesregierung in der kurzen Zeitspanne seit der Übernahme der Regierung auch in der Innenpolitik mehr geleistet hat als frühere Bundesregierungen. Die Bundesregierung hat darüber hinaus eindeutig klargemacht, daß sie ihr Reformprogramm konsequent weiter verwirklichen wird.

Um diese Leistung würdigen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Regierung Brandt/Scheel - als Folge der völligen Planungsfeindlichkeit der CDU-Regierungen - bei Regierungsantritt so gut wie keine Planungsinstrumente vorgefunden hat, um ein

solches Reformprogramm aufzustellen und abzuwickeln.

Die Opposition und ein Teil der sie unterstützenden Presse versuchen diese für sie sicherlich unangenehme Zwischenbilanz umzufrisieren. Sie verbreiten überall den Eindruck, daß die Reformpolitik finanziell auf tönernen Füßen stehe. Das aber ist ganz einfach falsch.

Reformen sind durchaus nicht gleichbedeutend mit Geldausgeben. Zahlreiche wichtige strukturelle Reformen erfordern keinen oder nur geringen finanziellen Aufwand. Hier sind als Beispiele die Strafrechtsreform, die Steuerreform und die Reform des Kartellrechts zu nennen. Zum anderen sind viele Maßnahmen, die Geld kosten, wie etwa beim Bildungswesen, beim Ausbau des Verkehrsnetzes, bei der Städtesanierung und bei der Förderung der Industrieansiedlung in wirtschaftsschwachen Räumen. Überaus rentable Investitionen, die sich auf mittlere und längere Sicht durch verbesserte Wachstumschancen für den einzelnen und den Staat auszahlen werden.

Die Bundesregierung hat in der Antwort für jede einzelne Maßnahme die Finanzierung im Rahmen des geltenden Finanzplans nachgewiesen. Wir wissen alle, daß sich die Steuereinnahmen durch das Abflauen der Konjunktur verringert haben. Dem wird die Bundesregierung im Herbst, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung besser als heute übersehen kann, bei der Überprüfung des Finanzplanes Rechnung tragen. Das Reformprogramm wird aber bei der Fortschreibung des Finanzplans Vorrang haben.

Selbstverständlich ist es möglich, daß es sich trotzdem - z.B. mit Rücksicht auf Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft - als notwendig erweist, einzelne ausgabenwirksame Reformen vorläufig zurückzustellen. Wenn die Bundesregierung das mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit laufender Anpassung ihres Arbeitsprogramms andeutet, ist das doch nur ein Beweis für ihre Seriosität in finanziellen Dingen.

Es gehört schon einige Unverfrorenheit dazu, daraus herzuleiten, die inneren Reformen seien finanziell ungesichert und daher zum Scheitern verurteilt, und das zu behaupten, nachdem das Reformprogramm schon zu guten Teilen verwirklicht ist und die Priorität weiterer Reformmaßnahmen auch hinsichtlich der Finanzierung gesichert ist.

(-/ex/19.3.1971/ks)

Der Mensch braucht den Wald

Unentbehrlicher Bestandteil der natürlichen Lebensgrundlagen

Der Wald war jahrhundertlang für seine Besitzer ein reines Ausbeutungsobjekt, das Wild und vor allem Holz lieferte. Aber je mehr sich die Wälder lichteteten, je mehr sich fortschrittliche Zivilisation in den natürlichen Lebensbereich der Umwelt vorschob, desto stärker setzte sich die Erkenntnis durch, daß der Wald besonderen Schutzes bedurfte, daß er gehegt, gepflegt und erhalten werden muß für den Menschen.

Der Naturschutzgedanke, der anfänglich geprägt war vom Bestreben der Arterhaltung von Flora und Fauna, hat sich inzwischen mit einer umfassenden sozialen Funktion zu einer gesellschaftspolitischen Aufgabe geweitet; denn - so sagt Hessens Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Werner Best - die Natur und insbesondere der Wald sind im industriellen Zeitalter mit seinen dichten Ballungsgebieten zu einem unentbehrlichen Bestandteil für den Lebensraum des Menschen geworden.

Mit dem Wald, mit unserer natürlichen Umwelt ist es ähnlich wie mit vielen Dingen, die im Alltag so lange als selbstverständlich hingenommen werden, wie sie nicht gefährdet und scheinbar unerschöpflich sind. Und wie der Wert der Dinge gewinnt, wenn sie erst einmal bedroht oder gar verloren sind, so ist es auch mit dem Wert der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Umwelt.

Nun ist Hessen eines der walddreichsten Länder der Bundesrepublik und hat darüber hinaus in den beiden letzten Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Sozialfunktion des Waldes zu stärken und seinen Erholungswert zu steigern. Die Schaffung von sechzig Naturschutzgebieten und neun großen Naturschutzparks sind Ausdruck des bisherigen wirksamen Bemühens der Hessischen Landesregierung um die Hebung des Freizeit- und Erholungswertes des Waldes.

Diese Bemühungen werden in den kommenden Jahren verstärkt fortgeführt werden müssen, denn die steile Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft, verbunden mit einem ebenso schnellen Wachstum des Verkehrs, stellt uns heute vor Probleme, an die vor wenigen Jahren noch niemand dachte. Die Kehrseite des steigenden Wohlstandes ist eine zunehmende Gefährdung unserer Lebensgrundlagen. Umweltschutz wird daher eine der vorrangigen staatlichen Aufgaben in den kommenden Jahrzehnten sein.

Umfang und Bedeutung dieser Aufgabe haben dazu geführt, daß beispielgebend in Hessen das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt gebildet wurde. Es wird großer Anstrengungen und tiefgreifender Wandlungen bedürfen, um die Probleme des Umweltschutzes zu lösen. Aber hinter aller Arbeit und allen notwendigen Kosten steht das lohnende Ziel: die natürlichen Lebensgrundlagen für das Dasein zu erhalten. Der Mensch braucht den Wald, die Natur, eine noch vom Hauch gesunder Urwüchsigkeit durchwehte Umwelt, um auch und gerade in einer hochzivilisierten Welt menschenwürdig leben zu können.

(hd/ex/19.3.1971/ks)